

1. Finanzaufsicht bescheinigt Versicherern ausreichende Kapitaldeckung

Wie aussagekräftig die neuen Versicherer-Solvenzquoten nach dem Regelwerk Solvency II tatsächlich sind, ist umstritten. Der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) jedenfalls dienen sie nun und in Zukunft als Grundlage für eine Bewertung der Kapitaldeckung.

Nachdem die Versicherer bis Ende Mai erstmals ihre Kennzahlen nach Solvency II ausweisen mussten, hat die BaFin nun ein erstes Fazit gezogen: Keines der Unternehmen ist unterdeckt. Über alle Versicherungssparten hinweg beträgt die Solvenzquote rund 330 Prozent; das erlaubte Minimum liegt bei 100 Prozent.

Betrachtet man die einzelnen Sparten, zeigen sich allerdings Unterschiede. So erreichten 29 Lebensversicherer die erforderliche Kapitaldeckung nur mithilfe der Übergangsmaßnahmen, die den Unternehmen den Start in die Solvency-II-Ära erleichtern sollen. Bei einem Anbieter wurde es sogar ganz eng. Insgesamt aber kommt die Sparte Lebensversicherung auf eine Solvenzquote von 340 Prozent. Die Krankenversicherung weist insgesamt 432 Prozent aus, die Schadens- und Unfallversicherung 286 Prozent.

2. Vermögen der Deutschen wächst langsamer

Ihr Sicherheitsbedürfnis hat die Deutschen auch im vergangenen Jahr wieder viele Milliarden Euro gekostet, wie das Beratungsunternehmen Boston Consulting Group in seiner Studie „Global Wealth 2017“ belegt. So sank die Durchschnittsrendite der privaten Vermögen 2016 auf 3,7 Prozent, nachdem sie im Vorjahr noch bei 4,2 Prozent gelegen hatte. Allein dieser Rückgang um 0,5 Prozent steht für rund 30 Milliarden Euro.

Das Potenzial ist allerdings noch viel größer. Denn weltweit wuchsen die Vermögen im letzten Jahr laut der Studie durchschnittlich um 5,3 Prozent. Dass Deutschland so abgeschlagen ist, liegt zwar auch daran, dass Immobilien in der Auswertung nicht berücksichtigt wurden, sondern nur Aktien, Wertpapiere, Fonds und Bargeld. Doch hauptverantwortlich dürfte des deutschen Michels Vorliebe für kaum rentierliche, aber sichere Geldanlagen sein. Über 40 Prozent des privaten Vermögens stecken in Bargeld und Spareinlagen.

3. Deutsche Hausbesitzer sind beim Elementarschutz (zu) sorglos

Immer häufiger kommt es auch in Deutschland zu extremen Wetterereignissen, die oftmals schwere Schäden anrichten. Da dieser Umstand mit dem Klimawandel zusammenhängen dürfte, gehen Meteorologen davon aus, dass solche Ausnahmen mehr und mehr zur Regel werden. Auch vormals als sicher geltende Wohnlagen können von Naturgewalten wie Starkregen, Hochwasser oder Lawinen verwüstet werden – wie im letzten Jahr das fränkische Braunsbach, aus dem erschreckende Bilder von der neuen Klimarealität die Republik aufrüttelten.

Allerdings nur für kurze Zeit, wie eine aktuelle repräsentative Umfrage zeigt. Ihr zufolge halten es 54 Prozent für überhaupt nicht oder eher nicht wahrscheinlich, dass Starkregen ihrem Hab und Gut etwas anhaben könnte. In puncto Hochwasser liegt dieser Anteil der Sorglosen sogar bei 76 Prozent. Entsprechend wenige Immobilienbesitzer haben in ihren Gebäude- und Hausratversicherungen eine Elementarschadens-Klausel, nämlich nur 22 bzw. 29 Prozent. Ohne diesen Zusatzbaustein aber gibt es

keine Entschädigung bei Starkregen- oder Hochwasserschäden – wie auch viele Braunschbacher im letzten Jahr bitter erfahren mussten.

4. Offene Immobilienfonds erleben Boom

Unter den Anbietern offener Immobilienfonds (OIFs) herrscht aktuell beste Stimmung. Sachwerte sind in der Niedrigzinsphase äußerst beliebt, und unter ihnen gelten Immobilien als besonders sicher. Dementsprechend können die Manager die Gelder gar nicht so schnell anlegen, wie sie ihnen zugetragen werden. Das führte im letzten Jahr bereits einige Male zu einem „soft close“, also zum Stopp des Verkaufs neuer Fondsanteile. Allein von Januar bis April 2017 vertrauten Anleger den OIFs satte 2,2 Milliarden Euro neu an. Die Fondsanbieter planen daher die Auflegung weiterer Produkte.

Der Geldregen birgt allerdings auch eine große Herausforderung: Renditestarke Objekte sind am Markt mittlerweile Mangelware. Es wird daher immer anspruchsvoller, die Renditeerwartungen der Investoren zu erfüllen, von denen fast jeder dritte mehr als 4 Prozent wünscht. Als Konsequenz daraus fassen nun mehr und mehr Fondsemittenten auch risikoreichere Investments ins Auge. So gaben in einer Umfrage zwei von fünf Anbietern an, zukünftig auch auf den Value-Add-Ansatz zu setzen. Bei diesem wird aktiv auf eine Wertsteigerung der Immobilien hingearbeitet.

5. Privatpatienten sollen App statt elektronischer Gesundheitskarte erhalten

Die Versichertenkarten der Kassenpatienten sollen zukünftig – über die Identität des Versicherten hinaus – verschiedene Daten wie Patientenakten, ärztliche Verordnungen, Medikamentenunverträglichkeiten, erhaltene Leistungen oder Arztbriefe aufnehmen können. Genau genommen werden diese Daten nicht auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert, sondern auf zentralen Servern; die Karte berechtigt dann lediglich zum Abruf der Daten. Die privaten Krankenversicherer halten das Prinzip, das 2003 beschlossen wurde, für nicht mehr zeitgemäß – und wollen ihren Kunden zukünftig eine entsprechende App anbieten.

Diese „moderne Alternative“ (PKV-Verbandspräsident Uwe Laue) soll im Wesentlichen die gleichen Informationen bereithalten wie die elektronische Gesundheitskarte, also neben den oben genannten beispielsweise Notfalldaten und Impfpass. Darüber hinaus erwartet Laue einen „kreativen Wettbewerb“ der App-Anbieter, der eine „Fülle individueller Servicefunktionen“ hervorbringen soll. Man darf also gespannt sein.

6. Hälfte der Bevölkerung steht vor Altersarmut

Wie die Gewerkschaft Ver.di errechnen ließ, droht rund jedem zweiten Beschäftigten in Deutschland ein prekärer Ruhestand. Als kritische Grenze haben die Analysten ein Monatseinkommen von 2.500 Euro zugrunde gelegt. Wer darunterliegt, kommt auch nach 45 Beitragsjahren allenfalls auf eine Rente auf Grundsicherungsniveau – schließlich wird der Rentensatz von derzeit 48,2 Prozent bis 2030 auf 43 Prozent sinken.

Einschließlich der Mini-Jobber gilt diese besorgniserregende Perspektive für gut 49 Prozent der Beschäftigten hierzulande. Wobei die regionalen Unterschiede groß sind: In Thüringen beispielsweise verdienen 62 Prozent weniger als 2.500 Euro, in Baden-Württemberg dagegen nur 38 Prozent. Frauen

sind wegen Kindererziehungszeiten und höherer Teilzeitquote besonders von Altersarmut bedroht. Da die großen Parteien indes keine Pläne für eine umfassende Reform des Rentensystems hegen, ist private Vorsorge bis auf Weiteres unverzichtbar, auch wenn dann noch weniger für den aktuellen Konsum bleibt.

7. In diesen Städten werden am meisten Autos geklaut

Bei der Kalkulation von Kfz-Versicherungsbeiträgen spielt auch das Diebstahlrisiko am jeweiligen Wohnort eine wichtige Rolle. Wer also in einer Gegend mit vielen Langfingern lebt, ist doppelt gestraft: durch das Diebstahlrisiko selbst und durch entsprechend höhere Prämien für die Kfz-Police.

Diesbezüglich sind die Aachener derzeit im Hintertreffen. Denn laut Polizeilicher Kriminalstatistik für 2016 hat die Karlsstadt mit einer Kfz-Klaurate von rund 257 pro 100.000 Einwohner die wenig schmeichelhafte Spitzenposition unter den deutschen Großstädten inne. Dahinter folgen Berlin mit 209, Potsdam mit 147, Wolfsburg mit 140, Hamburg mit 131, Magdeburg mit 124, Leipzig mit 120 und Dresden mit 107 gestohlenen Fahrzeugen pro 100.000 Einwohner und Jahr.

Am sichersten können sich Autobesitzer in Reutlingen und Stuttgart fühlen. Hier liegt die Klaurate bei überschaubaren 7 bzw. 10. Ähnlich sieht es in den ebenfalls süddeutschen Metropolen Erlangen (13), München (14), Würzburg und Augsburg (beide 17) aus.

8. Senioren sind risikoscheuer? Von wegen!

Dem Klischee zufolge sinkt die Risikobereitschaft mit dem Alter, auch auf finanziellem Gebiet. Doch dieses Vorurteil könnte – zumindest heutzutage – an der Realität vorbeigehen. Diesen Schluss legt zumindest eine Analyse des Anlageverhaltens der Kunden einer deutschen Großbank nahe. Ausgewertet wurden die Wertpapier-Depots von rund 1,3 Millionen Anlegern.

Ein Ergebnis lautet: Keine andere Altersgruppe hat eine so ausgeprägte Vorliebe für Aktieninvestments wie Senioren. Während die jungen Kunden durchschnittlich zu circa 40 Prozent auf Fonds setzen, sind es bei den Rentnern weniger als 20 Prozent, was auf einen entsprechend höheren Aktienanteil hinausläuft. Ein weiteres Indiz für mehr Risikofreude sind die getätigten Transaktionen: Die meisten Trades pro Jahr verzeichnen die 65-Jährigen, nämlich elf, gefolgt von den 70- bis 75-Jährigen mit zehn. 35- bis 50-jährige Depotinhaber dagegen nehmen im Schnitt acht Trades pro Jahr vor.